

ALLGEMEINES

Öffnung der Integrationskurse. Der Bundesrat dringt auf die Zulassung von EU-Bürgern und Ausländern mit humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Aufenthaltserlaubnissen zu den Integrationskursen. Ebenso sollen die Kurse für Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren und Geduldete geöffnet werden. Nach der bisherigen Rechtslage haben EU-Bürger sowie Ausländer mit Aufenthaltserlaubnissen aus den genannten Gründen keinen Anspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen, sondern können lediglich im Rahmen verfügbarer Kursplätze zur Teilnahme zugelassen werden. Menschen im laufenden Asylverfahren und Geduldete haben bislang nicht einmal diese Möglichkeit. Die Bundesregierung verweist in ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf auf den Koalitionsvertrag, in dem es heißt: „Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen.“ In der Praxis stellen EU-Bürger im ersten Halbjahr 2013 mehr als 40 % der Teilnehmenden an den Integrationskursen. Quelle: hib vom 7.2.2014

Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl. Begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern. Von Uwe Meergans und Nikolaus Werz. Hrsg. Herbert Quandt-Stiftung. Selbstverlag. Bad Homburg 2013, 138 S., kostenlos

DZI-E-0726

Im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung führte infratest dimap im April 2013 die hier dokumentierte Studie in Mecklenburg-Vorpommern durch, um die lokalen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu untersuchen. Anhand von Gruppendifussionen mit 81 Menschen aus verschiedenen Gemeinden wurde exemplarisch ermittelt, welche Herausforderungen bestehen und welche konkreten Möglichkeiten es gibt, die Freiwilligenarbeit in den Kommunen zu stärken. Dabei ging es auch um die Fragen, wie die regionale Zivilgesellschaft der Zukunft aussehen soll, welche Handlungsdesiderate beobachtbar sind und welche Initiativen sich für die Erfüllung der bestehenden Aufgaben am besten eignen. Die Ergebnisse zeigen, dass Bildung und soziale Integration als Motivation für unentgeltliche Tätigkeiten eine große Rolle spielen. Wünschenswert seien die Einrichtung geeigneter Koordinationsstellen, eine effektivere Jugendarbeit und eine breitere Anerkennungskultur ehrenamtlicher Aktivitäten. Bestellanschrift: Herbert Quandt-Stiftung, Am Pilgerrein 15, 61352 Bad Homburg v.d. Höhe, Tel. 061 72/404-500, Internet: www.herbert-quandt-stiftung.de

Studie zur wirkungsorientierten Steuerung in Non-Profit-Organisationen. Da der gesellschaftliche Nutzen in Non-Profit-Organisationen (NPO) einen hohen Stellenwert einnimmt, ist die Bedeutung der wirkungsorientierten Steuerung in den letzten Jahren gestiegen.

Um die Forschung zu diesem Thema voranzubringen, untersuchte die Phineo gAG in Kooperation mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG und dem Institut für den öffentlichen Sektor e.V. die Entwicklung und die Perspektiven der wirkungsorientierten Steuerung von NPO in Deutschland. Anhand einer Befragung von 83 Führungskräften gemeinnütziger Organisationen wurde ermittelt, ob und wie die Wirkungsorientierung im Management der NPO verankert ist, welche Ansätze und Schwierigkeiten zu beobachten sind, wie sich die Wirkungsorientierung auf die Qualität der Arbeit auswirkt und welche Relevanz Faktoren wie der Organisationsstruktur, der Mittelherkunft und der Rechtsform beizumessen ist. Die komplette Studie steht im Internet unter http://www.kpmg.com/DE/de/Documents/Wirkungsorientierte-Steuerung-in-NPOs_sec-version-2.pdf. Quelle: trend informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft 1.2014

Dokumentation des Berlin-Brandenburger „Fachtag gegen Rechtsextremismus/Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“.

Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2013, 67 S., kostenlos *DZI-E-0776* Um das gesellschaftliche Engagement in Brandenburg gegen Rechtsextremismus aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln, fand im Juni 2013 der in dieser Broschüre dokumentierte Fachtag statt. Die Beiträge befassen sich mit der Prävention rechtsgerichteter Gewalt und mit der Frage nach praktikablen Ansätzen, um dem Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen des täglichen Lebens entgegenzutreten. Im Einzelnen geht es um die Entwicklung kommunaler Strategien, um die Wahrnehmung der Polizei und um die Funktionen der Feuerwehr und des Verfassungsschutzes. Des Weiteren enthält die Handreichung Informationen zu den Projekten KomPakt und LichtBlicke und eine Beschreibung der Initiative „Handeln statt Wegsehen“ zur Förderung antirassistischer Maßnahmen in Betrieben. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/902 23-29 13, Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de

SOZIALES

Unterstützung bei steigenden Heizkosten. Die jährlichen Kosten für Raumwärme und Warmwasser sind zwischen den Jahren 2002 und 2012 pro Haushalt um 43 % gestiegen. Lagen die Kosten pro Haushalt 2002 noch bei 748 Euro im Jahr, seien sie 2012 auf 1070 Euro im Jahr gestiegen, teilte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mit. Der Anteil der Energiekosten am Nettoeinkommen eines durchschnittlichen Vier-Personenhaushalts habe 2002 2,8 % betragen, im Jahr 2013 schätzungsweise 3,9 %. Bei einkommensschwachen Vier-Personenhaushalten habe sich der Anteil der Energiekosten im gleichen Zeitraum von 4,7 auf 6,5 % erhöht. Die Bundesregierung erklärte dazu,

dass sich das Wohngeld durch die Streichung der Heizkostenkomponente bei einem Ein-Personenhaushalt durchschnittlich um etwa 13 Euro und bei einem Zweipersonenhaushalt um etwa 17 Euro reduziert habe. Diese Summe müssten Wohngeldempfängerhaushalte seitdem aus anderen Einkommensquellen aufbringen. Des Weiteren wies die Regierung darauf hin, dass Haushalte, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, seit dem Jahr 2005 im Rahmen des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes grundsätzlich Anspruch auf Leistungen für Unterkunft und Heizung aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende besitzen. Diese Leistung hätten im Jahr 2011 3,16 Mio. Haushalte in Anspruch genommen. Im Jahr 2006 seien es 3,59 Mio. gewesen. Quelle: hib vom 28.1.14

Skalierung sozialer Wirkung. Handbuch zu Strategien und Erfolgsfaktoren von Sozialunternehmen. Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Selbstverlag, Gütersloh 2013, 88 S., EUR 18,- *DZI-E-0731*

Als Akteure der Sozialwirtschaft engagieren sich Sozialunternehmen in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie unter anderem der Behindertenhilfe, dem Umweltschutz, dem Gesundheitswesen, der Armutsbekämpfung und der Sozialen Arbeit. Dabei entsteht die Frage, wie sich innovative Ansätze am besten verbreiten lassen, um deren Wirksamkeit zu steigern. Um dahingehende Bemühungen zu unterstützen, bietet dieser Leitfaden eine Orientierungshilfe. Beschrieben werden verschiedene Konzepte der Skalierung wie die Kapazitätserweiterung, die strategische Ausdehnung, die Errichtung neuer Standorte und die Wissensdiffusion als Weitergabe von Fachkenntnissen und Ideen. Im Blickfeld stehen dabei jeweils Parameter wie die Managementkompetenz, die Replizierbarkeit, die Mobilisierung von Ressourcen, die Legitimation und Reputation sowie die Transferkosten. Bestellschrift: Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh, Tel.: 052 41/81-0, Internet: www.ber telsmann-stiftung.de

Unterstützung für Migrantenorganisationen. Für die Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer persönlichen oder familiären Zuwanderungsgeschichte vergibt der Berliner Senat in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt 3 Mio. Euro an 32 ausgewählte Migrantenselbstorganisationen. Zusätzlich werden für diesen Zeitraum jährlich 15 000 Euro für Veranstaltungen und Dokumentation bewilligt. Die Entscheidungskriterien zur Teilnahme an dem neuen Partizipations- und Integrationsprogramm bezogen sich insbesondere auf die Verlässlichkeit, die Praxiserfahrung und die integrationspolitische Relevanz der geförderten Organisationen. Eine Zusammenstellung der geförderten Projekte steht im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/projektoerderung/index.html>. Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen vom 21.1.2014

29.-30.4.2014 Berlin. Seminar: Jugendamt und Jobcenter: gemeinsames Potenzial für die soziale und berufliche Integration junger Menschen. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau Larissa Meinunger, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-419, E-Mail: meinunger@ deutscher-verein.de

9.-10.5.2014 Bremen. Seminar: Alle im Boot?! – Schwer erreichbare Zielgruppen in Bürgerbeteiligungsprozesse einbeziehen. Information: Stiftung Mitarbeit, Frau Marion Stock, Ellerstraße 67, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/604 24-24, E-Mail: stock@mitarbeit.de

23.5.2014 Freiburg im Breisgau. Abschlusssymposium zum Forschungsprojekt „Die Kinder kommen!“ – „Ja dann wollen wir jetzt mal aufstehen“. Begegnungen im Alltag zwischen (jüngeren) Kindern und (sehr) alten Menschen. Information: Norman Pankratz, AGP Sozialforschung im FIVE e.V. an der Evangelischen Hochschule Freiburg, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg, Tel.: 07 61/47 81 26 38, E-Mail: pankratz@eh-freiburg.de

26.-27.5.2014 Hannover. Seminar: Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung – Fragen der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau Bärbel Winter, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: winter@deutscher-verein.de

2.-13.6.2014 St. Pölten/Österreich. Indosow Summer School für Promovierende der Sozialen Arbeit. Information: University of Applied Sciences St. Poelten, Matthias-Corvinus-Straße 15, A-3100 St. Poelten, E-Mail: sabine.sommer@fhstp.ac.at, Internet: <http://english.fhstp.ac.at/>

3.-5.6.2014 Berlin. 15. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag: 24/7 Kinder- und Jugendhilfe. Viel wert. gerecht. wirkungsvoll. Information: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 19, E-Mail: agj@agj.de

6.-7.6.2014 Krems/Österreich. 11. Kremsere Tage: „Ein Trauma ist mehr als ein Trauma ...“ Information: Frau Margit Dirnberger, Donau-Universität Krems, Department für Psychotherapie und Biopsychosoziale Gesundheit, Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, A-3500 Krems, Tel.: 00 43/27 32/893 26 39, E-Mail: margit.dirnberger@donau uni.ac.at

25.-27.6.2014 Heidelberg. 27. Kongress des Fachverbandes Sucht. Ziele und Methoden der Suchtbehandlung: Neue Herausforderungen! Information: Fachverband Sucht e.V., GCAA, Walramstraße 3, 53157 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, E-Mail: sucht@sucht.de

Ehrenamt bei der Bahnhofsmission. Eine Studie von Andreas Beusker unterstützt durch die Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmission. Hrsg. Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland. Selbstverlag. Berlin 2013, 30 S., kostenlos *DZI-E-0727*
Als niedrigschwellige Betreuung in Notlagen bieten deutsche Bahnhofsmissionen seit fast 120 Jahren Reisehilfen, Übernachtungsmöglichkeiten und Unterstützung bei Missgeschicken, Krankheit, ausweglosen Lebenssituationen und persönlichen Krisen. Um Anhaltspunkte für eine Weiterentwicklung der überwiegend freiwilligen Dienste zu geben, widmet sich diese vom Bundesfamilienministerium geförderte Studie der Arbeit in diesem Kontext. Untersucht werden im Rahmen zweier Befragungen die Ausstattung und die Tätigkeit der Organisation, die Motivation für zivilgesellschaftliches Engagement sowie Erwartungen, Zufriedenheit und Verbesserungsvorschläge der haupt- und ehrenamtlichen Kräfte. Des Weiteren bietet die Expertise Informationen zu den Anforderungen an die ehrenamtlichen Mitarbeitenden sowie Hinweise zu deren Altersstruktur, Ausbildung, wirtschaftlicher Lage und Religions- beziehungsweise Konfessionszugehörigkeit. Die empirischen Ergebnisse münden in Empfehlungen für die Praxis. Bestellschrift: Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland, S-Bahnhof Jannowitzbrücke, Bogen 14, 10179 Berlin, Tel.: 030/306 44 91 99 60, Internet: www.bahnhoftsmision.de

GESUNDHEIT

Demenzkompetenz im Krankenhaus. Um die häufig belastende Situation für Menschen mit Demenz während eines Krankenhausaufenthaltes zu verbessern, startete im Juli 2013 für acht rheinland-pfälzische Krankenhäuser ein einjähriges Modellprojekt in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. Zu den Qualifizierungsmaßnahmen und Unterstützungsprozessen im Projekt gehören ein ausführliches Aufnahmeverfahren, die Weiterbildung im Umgang mit demenziell erkrankten Menschen, die Gestaltung guter Kommunikationsprozesse und ein frühzeitig koordiniertes Aufnahme- und Entlassungsmanagement. Der Prozess wird von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. begleitet. Ziel ist es, alle Akteure in den regionalen Pflegekonferenzen der Kommunen zum Austausch zusammenzubringen. Für alle Krankenhäuser im Land ist im September 2014 eine abschließende Informationsveranstaltung geplant. Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 16.1.2014

Programm gegen chronische Krankheiten. Nach Informationen der Weltgesundheitsorganisation werden 86 % der Todesfälle in Europa durch chronische Krank-

heiten verursacht. Mit dem Ziel, den internationalen und regionalen Austausch zu diesem Problem zu intensivieren, nahm am 29. Januar dieses Jahres die durch EU-Mittel unterstützte Initiative „Chrodis“ mit einer Auftaktveranstaltung in Madrid ihre Arbeit auf. Im Mittelpunkt der anvisierten Anstrengungen stehen die Gesundheitsförderung, die Prävention sowie der Umgang mit Mehrfacherkrankungen und Diabetes. 38 Organisationen aus 22 EU-Staaten nehmen an dem bis Ende 2017 laufenden Programm teil. Quelle: Newsletter der Europäischen Kommission vom 29.1.2014

Keine Macht für Al Tsoy Ma. Ein Alzheimer-Comic. Von Thibaut Lambert und Sabine Henry. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2013, 56 S., EUR 16,90 *DZI-E-0640* An der meist in höherem Alter auftretenden Alzheimer-Krankheit leiden derzeit in Deutschland etwa 700 000 Menschen. Um einen beispielhaften Einblick in die Lebenswelt der Patientinnen, Patienten und deren Angehöriger zu vermitteln, beschreibt dieser Comic die Gedächtnisstörung aus der Sicht eines Kindes, bei dessen Großvater sich die Symptomatik bemerkbar macht. Ergänzend zu der Bildergeschichte enthält die Broschüre allgemeine Informationen zu den Ursachen, den Folgen und der Prävention des thematisierten Syndroms. Bestellschrift: Mabuse-Verlag GmbH, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 79 96-13, Internet: www.mabuse-verlag.de

Caritas für Reduzierung der Pflegedokumentation. Nach Auffassung des Caritasverbandes für die Diözese Münster besteht für eine umfangreiche Dokumentation im Pflegebereich keine Notwendigkeit. Dies sei im Rahmen eines Projekts der Ombudsfrau für die Entbürokratisierung der Pflege im Bundesgesundheitsministerium und durch Ergebnisse aus dem Projekt „Ergebnisqualität Münster“ festgestellt worden. Auch praktische Erfahrungen zeigten, dass der Dokumentationsumfang deutlich reduziert werden könne, ohne die Qualität der Pflege zu beeinträchtigen. Im Gegenteil käme die eingesparte Zeit den pflegebedürftigen Menschen zugute. Viele Fachkräfte wünschten sich mehr Freiraum für die persönliche Arbeit mit den Klientinnen und Klienten. Quelle: Presseinformation des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 23.1.2014

JUGEND UND FAMILIE

Tagung zur Vernetzung von Geburtskliniken. Am 30. Januar dieses Jahres fand in Köln eine vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen, dem Deutschen Caritasverband und der Initiative „Babyfreundlich“ organisierte Tagung zum Thema „Weil der Anfang zählt – Frühe Hilfen und Geburtskliniken“ statt. Zur Diskussion stand die anhand von Praxisbeispielen vorgestellte Zusammenarbeit der Geburtskliniken mit unterschiedlichen Bereichen des Gesundheitssystems und der Kinder- und Jugendhilfe.

Fachkräfte aus fünf Kliniken und Vertretende lokaler Netzwerke berichteten über ihre Kooperation. Wichtig sei es, die Geburtskliniken besser in die regionalen Netzwerke einzubeziehen, Belastungen junger Eltern frühzeitig zu erkennen und situationsadäquate Angebote zu entwickeln. Für den Ausbau der Frühen Hilfen gewährt der Bund den Kommunen bis Ende des Jahres 2015 eine Unterstützung von 177 Mio. Euro. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.fruhehilfen.de. Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom 30.1.2014

neXTgender. Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2013, 88 S., kostenlos *DZI-E-0695* Trotz Jahrzehntelanger politischer Anstrengungen ist die vollständige Gleichstellung der Geschlechter noch immer nicht erreicht. Mit dem Anliegen, dahingehende Impulse zu unterstützen, wurde in Niedersachsen im Juli 2009 das vom dortigen Familienministerium geförderte dreijährige Programm „neXTGender. Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit“ aufgelegt, in dessen Rahmen 16 Projekte zur Stärkung der Chancengleichheit weiblicher Jugendlicher entstanden. Diese Broschüre beschreibt die Entwicklung der Initiative sowie deren Rahmenbedingungen, Methoden und Ergebnisse. Darüber hinaus finden sich hier Kurzporträts der einzelnen Projekte mit Informationen zu den jeweiligen Themen, Inhalten, Trägern

und Zielen sowie bibliographische Hinweise und Kontaktadressen relevanter Institutionen. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Zeißstraße 13, 30519 Hannover, Tel.: 05 11/519 45 10, Internet: www.ljr.de

Kinderstadtteilpläne in Mülheim. Die Stadt Mülheim an der Ruhr möchte Kindern die Orientierung erleichtern und hat zu diesem Zweck eigens auf deren Bedürfnisse abgestimmte Stadtpläne für die neun Einzelbezirke erstellt. Verzeichnet sind neben Kindergärten, Schulen und Spielplätzen auch Bäder, Kirchen, Moscheen, Bushaltestellen, Kioske und Ampeln sowie Reit- und Tennisplätze, Skateranlagen und Bibliotheken. Die Einzelpläne stehen in einem kindgerechten Maßstab unter <http://www.muelheim-ruhr.de/cms/kinderstadtteilplaene.html> im Internet zum Download bereit. Quelle: Städtag aktuell 1.2014

GEWALT: Erziehungshilfen mit Sicherheit. Dokumentation der EREV-Bundesfachtagung 2013 in Bad Honnef. Hrsg. Björn Hagen. Evangelischer Erziehungsverband. Hannover 2013, 152 S., kostenlos *DZI-E-0720* Zum Thema der von Jugendlichen ausgehenden und der gegen diese gerichteten Gewalt fand im Mai 2013 eine Fachtagung in Bad Honnef statt, deren Beiträge in diesem Band dokumentiert sind. Im Wesentlichen ging es um die psychischen Auswirkungen traumatisierender



Wir bringen Licht ins Dunkel.
Zum Beispiel beim Fundraising. Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto.
Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.
Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.



**Bank
für Sozialwirtschaft**

Berlin | Brüssel | Dresden | Erfurt | Essen | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Kassel | Köln | Leipzig | Magdeburg | Mainz | München | Nürnberg | Rostock | Stuttgart

www.sozialbank.de

Erfahrungen, um Maßnahmen der Jugendhilfe, um die offene und geschlossene Unterbringung und um die in der Schweiz praktizierten Formen der Erziehungshilfe. Vorgestellt werden in diesem Kontext neben Präventionskonzepten wie dem Keep-Cool-Training und dem Coolnesstraining auch das Krisenkompetenztraining „go straight“, ein Deeskalationstraining, ein sportpädagogisches Angebot und eine Initiative zur Förderung der Medienkompetenz. Darüber hinaus finden sich hier Hinweise zu dem an Intensivtäter gerichteten Modellprojekt „Chance“ und zu dem Interventionsansatz „Stop and Go“ zur Vermeidung und Verkürzung der Untersuchungshaft. Bestellschrift: Evangelischer Erziehungsverband, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-0, Internet www.erev.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Empowerment-Schulung für Menschen mit Handicap. Der Behinderten-Verband Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) e.V. führt dieses Jahr eine Schulung mit dem Titel „Stärker werden und etwas verändern“ durch. Der Kurs richtet sich an Menschen mit einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit, die Projekte zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gestalten möchten. Vermittelt werden Kenntnisse zur Rechtslage, zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Inklusion. Die kostenlosen Seminare finden an vier Wochenenden in Mainz statt. Es folgen weitere Schulungen in Erfurt, Bremen, Düsseldorf und Berlin. Informationen stehen im Internet unter <http://www.isl-ev.de/index.php/de/aktuelles/projekte/empowerment-schulung-zum-abruf>. Quelle: Pressemitteilung des Behinderten-Verbandes Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) vom Januar 2014

Gesetze für die Soziale Arbeit. Textsammlung. Ausgabe 2013/14. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2013, 2 560 S., EUR 22,- *DZI-E-0742*

Um Studierenden und Fachkräften der Sozialen Arbeit einen systematischen Überblick über die aktuellen juristischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeitsfelder zu ermöglichen, beschreibt diese dritte Auflage der Textsammlung den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung mit allen bis zum 5. Juli 2013 verkündeten Rechtsänderungen, auch solchen, die erst später in Kraft treten. Die Darstellung umfasst über 120 Rechtsvorschriften. Berücksichtigt werden insbesondere das im März 2012 eingeführte Hilfetelefongesetz und die Neuerungen durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz, das Betreuungsgeldgesetz, das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten, das Ehrenamtsstärkungsgesetz, das Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege, das Personenstandsrechts-Änderungsgesetz und das Gesetz zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstandsgebotes im Recht der Sicherungsverwahrung.

Neue Förderrichtlinie zur Unterstützung von Sozialpartnerschaften. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie in Brandenburg hat eine bis zum 31. März 2015 geltende Richtlinie zur Förderung von Projekten und zum Erfahrungsaustausch für Sozialpartnerschaften auf den Weg gebracht. Diese soll dazu beitragen, den demographischen Wandel zu gestalten, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, den Fachkräfte Nachwuchs zu sichern und unternehmerische Innovationen zu fördern. Die Ausschreibung wendet sich an Organisationsträger wie zum Beispiel Bildungsträger und an tariffähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mit Sitz oder Zuständigkeit in Brandenburg. Anträge für Projekte zur Entwicklung der Arbeitsorganisation in Unternehmen können noch bis 31.3.2014 eingereicht werden, für Projekte zur Durchführung von Erfahrungsaustausch ist dies laufend möglich. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite <http://www.lasa-brandenburg.de/Sozialpartnerschaft.1869.0.html>. Quelle: Brandaktuell vom 24.1.2014

Wirkungsstudie Service Learning. Wie lassen sich Unterricht und Bürgerengagement verbinden? Hrsg. Aktive Bürgerschaft e.V. und sozialgenial – Schüler engagieren sich. Berlin und Münster 2013, 22 S., kostenlos *DZI-E-0696*

Das vor über 20 Jahren in den USA entstandene Konzept des „Service Learning“ bezeichnet eine didaktische Methode, die das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen mit dem regulären schulischen oder universitären Unterricht verbindet. Diese Broschüre beschreibt eine Wirkungsstudie zu diesem Thema, in deren Rahmen 1200 Schülerinnen und Schüler der achten und neunten Klassenstufen in Nordrhein-Westfalen befragt wurden, die sich im Rahmen der Initiative „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ ehrenamtlich betätigten. An der schriftlichen Erhebung nahm auch eine Kontrollgruppe von 800 Jugendlichen teil, die nicht an Service-Learning-Projekten mitwirkten. Ergänzend wurden Fallstudien an vier Schulen und Interviews mit Lehrenden, Schulleitungen und Vertretenden von Partnerorganisationen durchgeführt. Die Handreichung dokumentiert Ergebnisse der Untersuchung im Hinblick auf die Qualität und Beschaffenheit der Projekte und die Auswirkungen des Service Learning auf die Bildungs- und Engagementbereitschaft der jüngeren Generation. Bestellschrift: Aktive Bürgerschaft e.V., Geschäftsstelle, Reinhardtstraße 25, 10117 Berlin, Tel.: 030/240 00 88-0, Internet: www.aktive-buergerschaft.de